

GRAPHISCHE PRESSE

Nr 52. 31. Jahrg.

27. Dezbr. 1918

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1,50 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

Redaktion:

Adolf Donnick, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88^{III}. Redaktionsschluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zelle. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Bauende Zeit. Die Errungenschaften der sozialistischen Republik. Rundschau. Die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter. — **Allgemeines:** Bericht des Gauers Frankfurt a. M. — Mainz. — Die photomech. Fächer: Was die Zeit verlangt! Ortsberichte: Berlin, Chemigraphen. — Opfer des Krieges. Anzeigen.

Die Errungenschaften der sozialistischen Republik.

Es fehlt der neuen Volksrepublik nicht an Widersachern, Neidern und Spöttern. Sie fragen nach den bisherigen Errungenschaften des neuen Staatswesens, bekräftigen mit großer Schärfe das noch nicht völlige Funktionieren der Staatsmaschine, oder fragen spöttisch, was die Republik schon Großes vollbracht habe für die Bevölkerung. Die jetzige schwere Not des deutschen Volkes gibt jenen üblen Kritikastern einen oft leidlichen Resonanzboden für ihre Klagen und Verunglimpfungen.

Die Sozialdemokratische Partei hat sich die Überleitung des Militärstaates und der kapitalistischen Wirtschaftsweise in den sozialistischen Staat auch während anders gedacht, sie glaubte die Überleitung von der alten Staatsform in die neue unter anderen Umständen vornehmen zu können. Nicht die Erbschaft eines völlig bankerotten Staatswesens wollte sie übernehmen und nicht kann sie ein völlig verschuldetes und verarmtes Volk von heute zu morgen in das Märchenland holder Glückseligkeit führen. Wie auch der tüchtigste Kaufmann bei der Übernahme des verlierten Geschäftes eines Bankeroteurs nicht sofort ein blühendes Geschäftsunternehmen schaffen kann, so kann auch die jetzige Reichsleitung nicht mit einem Schläge sozialistische Zukunftsideale verwirklichen. Als Scheidemann lange vor der Revolution, da die Frage des Eintritts von Sozialdemokraten in die Regierung zur Erörterung stand, meinte, er würde sich lieber ohne Badehosen in einen kribbelnden Ameisenhaufen setzen als in die Regierung eintreten, sprach er nicht nur seine persönliche Meinung aus, sondern sicher die der Partei. Wir hatten weder die Lust noch die Verpflichtung, den Karrén, den die schuldbeladenen früheren Machthaber in den Dreck gefahren hatten, herauszuziehen. Wenn die Partei mit Ausbruch der Revolution sich dennoch an die Spitze der Reichsleitung stellte, so trieb sie hierzu ihr Pflichtbewußtsein dem deutschen Volke gegenüber. Es galt das schändlich belogene und betrogene, bis an den Rand des Abgrundes getriebene Volk nicht vollends hinabstürzen zu lassen. — Aber nicht nur verschuldet und verarmt ist das deutsche Volk, sondern auch unterernährt, siech und krank.

Unter solchen Umständen auch nur die brennendsten Fragen des Tages allgemein zur Zufriedenheit der geknechteten und darbenenden Menschheit zu lösen, war mehr als eine schwierige Aufgabe.

Hat die sozialistische Republik dem Volke bisher wirklich so wenig bieten können? Saken wir auch nur flüchtig ihre in den ersten vierzehn Tagen geschaffenen politischen Freiheiten an, so muß jeder Unparteiische zuge-

stehen, daß Forderungen weifer Volkskreise mit einem Schläge erfüllt worden sind, die trotz jahzehntelangen, hartnäckigen Kämpfen der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter im alten Staatswesen nicht verwirklicht werden konnten, die auf Jahre hinaus noch als erstrebenswerte Ideale galten. Der Belagerungszustand ist aufgehoben, das Versammlungs- und Vereinsrecht auch für Be-

Bauende Zeit.

Ein Jahr klingt aus, ein Jahr klingt an,
Wer lobt die blutbespritzte Zeit?
Es dehnte sich zur Ewigkeit
Ihr harter Zwing und Bann.

Es schlug wohl jede Stunde
Zu Grimm und Groll, zu Mord und Brand,
Der Fuß zerstampfte reifes Land,
Die Ernte: Tod und Wunde.

Zerbrochen stürzten Haus und Herd,
In Asche sanken Dorf und Stadt.
Es fraß, und fraß sich doch nicht satt
Das haßverfluchte Schwert!

Ihr Tage voller Graun und Glut,
Wer mag zurück sich wenden?
Wir waschen von den Händen
Aufatmend Schmutz und Blut.

Wir waschen von den Sinnen
Den letzten Staub, den letzten Wahn,
Ein größeres Beginnen,
Ihr Brüder, geht nun an.

O Freiheit, Friede, Morgenrot,
Wie leuchtet ihr so hell und warm!
Es quillt die Kraft im frohen Arm
Zu stürmischem Gebot:

Zerfallen ist der alte Bau —
Hörst du die Eulen schreien?
Nun soll ein Werk gedeihen
Stark auf ins lichte Blau.

Hinaus den Bruch, den Schutt hinaus,
Und Fluch den Nachgespenstern!
Wir bauen uns ein neues Haus
Mit hohen, weiten Fenstern.

Ein helles Haus, doch kein Palast
Für Könige und Drohnen.
Drin soll die Arbeit wohnen,
Befreit von Not und Last.

Drum jede Stunde, die vollbracht,
Sei Psalm, der unsre Eintracht preist,
Sei Sang vom starken Brudergeist,
Der unser Haus bewacht.

Ernst Preczang.

amte und Staatsarbeiter ist gewährleistet, die Zensur ist aufgehoben, die Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei, die Freiheit der Religionsübung ist gewährleistet, eine weitgehende Amnestie für politische und auch für nichtpolitische Verbrechen ist erlassen, das Hilfsdienstgesetz ist aufgehoben, die Gesindeordnungen mittelalterlichen Charakters sind beseitigt, die Arbeiterschutzbestimmungen sind wieder in Kraft gesetzt, das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle gesetzgebenden Körperschaften ist allen über 20 Jahre alten Personen männlichen und weiblichen Geschlechts gegeben. Auch mit erzreaktionären Einrichtungen wurde aufgeräumt. Das preu-

dische Herrenhaus, jenes Extrakabinett stöckreaktionärer Mumien und Raritäten, wurde zum Teufel gejagt. Ihm folgte das preußische Abgeordnetenhaus, jene rückständige Quasselbude, die sich des langen und breiten noch um die Verkrüppelung des preußischen Wahlrechts abmühte, während an der Tür schon die Revolution pochte. Der Achtstundentag, zu dem die deutsche Arbeiterschaft in ihren schweren Kämpfen um Verkürzung der Arbeitszeit als Ideal aufblühte, ist über Nacht Gesetz geworden. Kurzum: Der Arbeiter ist endlich gleichberechtigter Staatsbürger im neuen Deutschland geworden; mit ihm die Frau, die in jahrelanger Knechtschaft vergeblich um ihre Rechte rang.

Diesen positiven Errungenschaften sind Ankündigungen über eine große Reihe politischer, wirtschaftlicher und sozialpolitischer Verbesserungen gefolgt. Die Sozialpolitik soll ausgebaut, die Arbeiterversicherung, der Arbeiterschutz verbessert werden usw.

Die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten haben diese gesetzlichen Verbesserungen ergänzt durch Ankündigungen über Schaffung der Einheitsschule, Ausbau der Volksschule, Hebung und Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft, Umgestaltung der Rechtspflege und des Strafvollzuges, Reform des Steuerwesens, Ausbau der Verkehrsmittel, besonders der Kanäle und Eisenbahnen, gründliche Reform der Besoldungsverhältnisse der Arbeiter und Beamten u. s. f.

Die skandalösen Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten im Heere, der schimpflichen Behandlung des gemeinen Soldaten durch Vorgesetzte, hat die neue Reichsleitung sofort beseitigt. Die Offiziersküchen sind aufgehoben, den Gelagen der Vorgesetzten, die sich oft auf Kosten der Mannschaften Viehhaltungen hielten, um so reichlich mit Fleisch, Eiern, Milch und Butter versorgt zu sein, so daß im allwöchentlichen Urlaub der Offiziersbursche noch für die Offiziersfamilie Hamsterfahrten machen konnte, ist ein für allemal ein Ende bereitet. Die Löhnung ist aufgebessert; vor der drückendsten Not wird der vom Heere Entlassene durch Gewährung eines Entlassungsgeldes, Marschgeldes und Entlassungsanzuges bewahrt.

Das ist nur in rohen Umrissen das Wichtigste der ersten Errungenschaften in der neuen Volksrepublik, sie erheben auf Vollständigkeit keinen Anspruch. Aber sind sie nichts für das Volk des neuen Deutschlands? Wir glauben, sie können sich schon sehen lassen. Und jene bewußten und unbewußten Widersacher sollten schamlos verstummen ob ihrer dummen Frage, wenn sie auch nur oberflächlich das stolze Werk neuen sozialen Aufbaus betrachten.

Nur eins hat die Volksrepublik dem Lande noch nicht in genügendem Maße verschaffen können: Arbeit und Brot. Aber nicht sie trägt die Schuld daran, wenn ihr das nicht im ersten Anblich glücken kann. Schuld daran haben jene Fluchbeladenen, die in verbrecherischer Weise bisher gewirtschaftet und dem Volke stets vorgegaukelt haben, die Ernte sei reichlich, die Ernährung gesichert.

Für Beschaffung von Arbeitsgelegenheit trifft die neue Reichsleitung die erdenklichste Vorkehrung. Die obligatorische, staatliche Erwerbslosenunterstützung schützt den Arbeitslosen und seine Familie vor der bittersten Not. Der schnelle Friede aber, den die neue Reichsleitung herbeizuführen bemüht ist, bringt dem Volke Brot, bewirkt die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande. Die im Lande vorhandenen Lebensmittel, die in Hamsterlagern aufgespeicherten, werden erfaßt und gerecht verteilt werden. Das Kriegsernährungsamt hat dafür bereits Maßnahmen größeren Umfangs angekündigt; den Wucherern Schiebern und Hamstern wird auf die Finger gesehen werden. Das Kriegswucheramt wird nunmehr hoffentlich besser in Tätigkeit treten als bisher.

Die neue Volksrepublik hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens viel geleistet, sie wird in kürzester Zeit noch manches bessere und vervollkommen.

Diese Errungenschaften zu schützen und für ihren Ausbau zu sorgen, ist jetzt die vornehmste Aufgabe aller redlich denkenden Bürger und Bürgerinnen. Nicht zurzeit unmöglichen Forderungen kann nachgejagt werden. Jetzt gilt es durch Einigkeit der Volksgenossen die Arbeiten der Reichsleitung zu fördern und zu stützen. Dafür sind die Wahlen zur Nationalversammlung die beste Gelegenheit. Die müssen die sozialistische Mehrheit in der Volksvertretung erhalten. Wer die Errungenschaften der sozialistischen Republik daher sichern und schützen will, wem an der demokratischen Fortführung seines Vaterlandes etwas liegt, wer die Gleichberechtigung im neuen Staate will, der muß bei den Wahlen seine Stimme für die Kandidaten der deutschen Sozialdemokratie abgeben!

Georg Schmidt.

Rundschau.

Der Buchdruckerstreik in Berlin aufgehoben! Einer stark besuchten Vertrauensmännerversammlung der streikenden Zeitungs- und Buchdruckerbetriebe Berlins legte die mit den Verhandlungen zwischen Buchdruckprinzipalen und -gehilfen beauftragte Kommission das vorläufige Zugeständnis der Arbeitgeber vor. Dieses lautet: »Die Prinzipalvertreter erklären sich bereit, um einen drohenden Streik zu verhindern und den Frieden im Gewerbe aufrecht zu erhalten der spätestens bis Sonntag einzuberufenden Versammlung der tariffreien Prinzipale anzuzustimmen, sämtlichen Berliner Buchdruckgehilfen eine einmalige Zulage in Höhe eines Wochenlohnes inklusive Teuerungszulage zu zahlen. Der Vertrag, den die drei Zeitungsbetriebe Ullstein, Mosse, Scherl ihrem Personal zugestimmt haben, bleibt bestehen. Die Lohnerhöhung, die der Tarifausschuss für Berlin festsetzt, wird von den Prinzipalen von vornherein anerkannt. Dieses Angebot erfolgt unter der Voraussetzung, daß in den Betrieben, in denen Arbeitseinstellungen erfolgt sind, die Arbeit sofort wieder aufgenommen wird.«

Die anwesenden Vertrauensleute erklärten sich vorläufig mit dem Anerbieten einverstanden und versprochen, ihren Personalen die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen, bis das Resultat des in Berlin tagenden Tarifausschusses vorliegt.

Lohnforderungen der Berliner Buchdrucker. In einer Versammlung, die von rund 1000 Delegierten besucht war, verlangten die Berliner Buchdrucker unter anderem einen wöchentlichen Mindestlohn von 120 Mark. Dazu äußert sich ein Gehilfe aus der Provinz: «— Ich will hier nur einen Vergleich zwischen Berlin und einer mittleren Provinzstadt ziehen. Während in ersterem Orte ein Stundenlohn von 2,50 Mk. gefordert wird, erhalten die Kollegen in der Provinz einen solchen von 60—70 Pfg. ausschließlich Teuerungszulage. Ist das ein Verhältnis? Es müssen ganz entschieden auch die Löhne für die Provinzkollegen aufgebessert werden, damit einigermaßen ein Ausgleich zur bestehenden Teuerung geschaffen wird. —»

60—70 000 Arbeitslose in Berlin. Wie der »Vorwärts« berichtet, steigen die Berliner Arbeitslosenziffern weiter. Bei dem städtischen Arbeitsnachweis in der Gormannstraße sind jetzt rund 31 000 Personen angemeldet, der Verbandsnachweis der Metallarbeiter hat rund 7 000 Arbeitslose, der der Holzarbeiter etwa 5 000. Da auch die sämtlichen kleineren Gewerkschaften sehr hohe Arbeitslosenziffern haben und da die Ziffern täglich steigen, muß die gegenwärtige Zahl der Arbeitslosen in Berlin mit 60—70 000 veranschlagt werden.

Der Metallarbeiterverband in Friedensstärke. Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte

nach den Feststellungen seiner Statistischen Abteilung am 1. Dezember 113 950 weibliche Mitglieder. Die Zahl der männlichen Mitglieder betrug zur selben Zeit 447 656. Das ergibt eine Gesamtzahl von 561 606. Damit ist ungefähr die Friedensstärke des Verbandes wieder erreicht, es fehlen nur noch rund 3000. Aber wie anders ist die Mitglieder-schaft zusammengesetzt als vor dem Kriege. Im Juli 1914 hatte der Deutsche Metallarbeiter 535 514 männliche Mitglieder und nur 23 195 weibliche. Die Zahl der weiblichen Mitglieder hat sich also nahezu vervierfacht. Die Zahl der männlichen Mitglieder wird noch wesentlich wachsen, da natürlich noch längst nicht alle organisierten Metallarbeiter aus dem Heeresdienst entlassen sind. Aber die Zahl von Metallarbeiterinnen und weiblichen Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes dürfte wohl bleiben. Insgesamt wird der Metallarbeiterverband am Kriegsende um Zehntausende von Mitgliedern größer sein, als vor seinem Beginn.

Der gewerkschaftliche Nachrichtendienst. In Ausführung eines Beschlusses der Gewerkschaftsvorstände hat die Generalkommission beschlossen, von Anfang Januar 1919 ab einen gewerkschaftlichen Nachrichtendienst zu eröffnen. Dieser gewerkschaftliche Nachrichtendienst umfaßt die Herausgabe einer Korrespondenz, sowie die Verbreitung wichtiger und dringender Nachrichten durch geeignete Büros. Die Korrespondenz soll nach Bedarf zunächst in der Regel wöchentlich erscheinen und gewerkschaftliche sowie sozialpolitische Nachrichten übermitteln. Sie wird durch Druck vervielfältigt und an die Gewerkschaftsvorstände und Redaktionen der Gewerkschafts- und Arbeiterpresse sowie eine Reihe der wichtigsten bürgerlichen Tagesblätter im Reich unentgeltlich versandt. Die Herausgabe ist der Redaktion des »Korrespondenzblattes« der Generalkommission übertragen.

Zulage an Altersrentenempfänger. Der in Eingaben an die Reichsbehörden und den Reichstag vielfach gewünschte Einbeziehung der Empfänger einer Altersrente aus der Invalidenversicherung in den Kreis derjenigen Personen, welchen aus Anlaß der anhaltenden Verteuerung der Lebenshaltung eine Zulage zu ihrer Rente gewährt wird, ist durch eine Verordnung vom 2. Dezember 1918 entschieden worden. Vom 1. Januar 1919 ab erhalten danach die Altersrentenempfänger eine monatliche Zulage von 8 Mk. zu ihrer Rente. Die Zulage kann in dem einfachen Verfahren, das für die Gewährung der Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente vorgesehen ist, erhoben werden. Die Zulage ist zunächst nur für die Zeit bis zum 31. Dezember 1919 in Aussicht genommen.

Städtische Lohnämter. Zur Ergänzung des Reichsarbeitsamts fordert das »Korrespondenzblatt« der Generalkommission schleunigste Errichtung von städtischen und Landesarbeitsämtern. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben werde die Einrichtung einer gutarbeitenden Arbeitsvermittlung sein. Angebot und Nachfrage müßten möglichst lückenlos erfaßt werden, die private Stellenvermittlung sei auszuschalten und der Meldezugriff für offene Stellen wie für vorhandene Arbeitskräfte genau wie beim Wohnungswesen durchzuführen. Weiter könne das Arbeitsamt mitwirken an der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, an der Unterbringung der Kriegsbeschädigten, Frauen und Jugendlichen, an der Berufsberatung der Jugendlichen und der Lehrstellenvermittlung. Das kommunale Arbeitsamt könne auch als Schlichtungsstelle wirken und die neuerstandenen Arbeitsgemeinschaften planmäßig fördern. Für die Durchführung der Erwerbslosenunterstützung, für Wanderfürsorge und Herbergswesen sei es geradezu unentbehrlich. Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung könnten mit dem Arbeitsamt in engste Fühlung gebracht werden. Der Name Arbeitsamt dürfe nicht ausschließen, daß in angegliederten besonderen Abteilungen auch die Interessen aller Angestellten der verschiedenen Berufs-zweige tatkräftig wahrgenommen würden. Ein so ausgebautes Arbeitsamt könne zur Belebung des gesamten Wirtschaftslebens beitragen, und es gibt in der Tat wohl keine Aufgabe, die heute dringender wäre als diese.

Die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter.

Das »Korrespondenzblatt« der Generalkommission legt dar, daß vor der Revolution kein Zweifel darüber in der Arbeiterklasse bestanden hätte, daß zur Vertretung der Arbeiterinteressen auf wirtschaftlichem Gebiet die Gewerkschaften berufen seien. Gegenüber der Partei wurde das Tätigkeitsgebiet fest abgegrenzt, bei der Regierung und bei den Unternehmern setzten die Gewerkschaften immer besser ihre Anerkennung als Arbeitervertreter durch. Seit dem Siege der Revolution und dem Entstehen von Arbeiterräten mit diktatorischer Gewalt seien Übergriffe dieser Arbeiterräte in das Betätigungsfeld der Gewerkschaften nicht ganz selten gewesen. Dagegen nimmt das »Korrespondenzblatt« mit großer Schärfe Stellung:

»Es liegt durchaus im Interesse der Revolution selbst, daß auf dieser Bahn nicht weiter-geschritten wird. Die Arbeiterklasse steht vor

dem mühsamen Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung kann sich dabei nicht den Luxus der Resorikonkurrenz leisten. Bei demalten Verwaltungssystem lag die Langsamkeit des Geschäftsganges vielfach daran, daß die verschiedenen Instanzen und Ressorts um ihre Meinung und Entscheidung befragt werden mußten. Diese Methode dadurch zu ersetzen, daß nur die einzelnen Instanzen Verfügungen durchein-ander und gegeneinander erlassen, scheint uns recht unzweckmäßig zu sein. Volkommen ausgeschlossen ist es, daß auf solche Weise eine dauerhafte Regierungsgewalt sich aufrichten läßt. Wenn alles durcheinander regiert wird, kann das Flasko nicht ausbleiben.«

»Das Korrespondenzblatt« verurteilt mit den schärfsten Worten die wilde Anarchie, durch die alles in Anarchie ausarten müsse: »Die Gewerkschaftler haben als Vertreter der Arbeiter mit den Unternehmern die nun einmal Gegenpartnern im Wirtschaftsleben sind, Verträge geschlossen, durch die eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erfolgt. Die Durchführung dieser Verträge ist ebenso sehr Pflicht der Arbeiter, das heißt der Gewerkschaften, wie der Unternehmer. Solange solche Verträge nötig sind und abgeschlossen werden, müssen sie auch gehalten werden. Die Vertragsfähigkeit der Arbeiter steht auf dem Spiel, wenn sie die von ihren Organisationen abgeschlossenen Verträge nicht halten. Und diese Vertragsfähigkeit ist äußerst wichtig, denn selbst wenn wir zu einer Sozialisierung der Produktion kommen, können wir der vertraglichen kollektiven Regelung der Arbeiterverhältnisse nicht entbehren.«

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Bericht des Gaus Frankfurt a. M. — Mainz.

Wie am Ende des vorigen Jahres war es auch jetzt wieder notwendig, daß sich der Gauvorstand über die Verhältnisse im Gau informierte. Daß dazu die Aufnahme einer Statistik der beste Weg ist, ist seit langem bewiesen. Erfreulicherweise gelang es auch diesmal, mehr Firmen und Kollegen zu erfassen als sonst. Was allgemein zu bedauern ist, ist die Nichtbeantwortung der Frage über die Entlohnung der Lehrlinge. Es hätte sich unserer Kenntnis nach bestimmt herausgestellt, daß wohl ein Teil der Unternehmer den berechtigten Wünschen der Lehrlinge auf zeitgemäße Bezahlung entgegen gekommen ist, während der größere Teil das leider nicht getan hat. Hier eine bestimmte Gegenüberstellung zu haben, läge zweifellos auch im Interesse der Kollegenschaft. Weiter kommt hinzu, daß wahrscheinlich wohl selten die Abwanderung vom Berufe so groß ist, wie gerade im Frankfurter Gau. Das liegt bekanntlich an der speziell vor dem Kriege sehr schlechten Bezahlung unserer Steindruck- und Lithographen. Auch hier soll in kürzester Zeit dieser Prozentsatz statistisch festgelegt werden. Zu bedauern bleibt es ja trotzdem, daß unsere Kollegen, die in den Munitionsfabriken arbeiten, hier nicht wenigstens den Versuch gemacht haben, Offerten einzureichen. Bei dem fortwährenden großen Bedarf an Arbeitskräften sind Verhältnisse geschaffen worden, die sich nach dem Kriege bitter rächen werden. Dazu gehört auch die Bedienung von zwei und mehr Maschinen.

Die Hauptaufgabe der neuen Statistik war aber die Spannung der Löhne, die in den einzelnen Geschäften recht groß ist, zu mildern und festzustellen. Wir haben z. Zt. mit Erfolg den Versuch gemacht, aufzuklären, damit die schlechten Löhne nicht zum Maßstab für spätere Friedenslöhne genommen werden. Es ist bekannt, daß unsere Kollegen weniger auf die besten, sondern mehr auf die schlechtesten Verhältnisse schauen. Unter den furchtbaren Wirkungen des Weltkrieges ist aber als erfreulich zu bezeichnen, daß der Zusammenhalt der organisierten Kollegen ein besserer geworden ist. Dazu kommt auch ein größeres Vertrauen der Organisation gegenüber. Aber leider tobt der Kampf noch immer und will kein Ende nehmen. Die Vernunft ist machtlos, wo der Wahnsinn tobt. Es dürfte noch interessieren, festzustellen, daß bei einem großen Teil unserer Steindruck- und Lithographen die Überstunden nur zu dem festen Lohn, nicht aber mit dem jetzigen Lohn bezahlt werden. Dieses aber unbedingt zu fordern, dürfte die höchste Zeit sein. Wenn die mehr als berechtigte Forderung nicht den Beifall der Prinzipale findet, dann muß mit der Einstellung der gesamten Überstunden geantwortet werden.

Die Aufnahme vom 11. Oktober ergab zunächst das Resultat, daß sich 158 Kollegen an der Statistik beteiligten und zwar 106 Steindruck- und 15 Lithographen und 37 Chemigraphen, gegen 106 Beteiligte an der letzten Statistik.

Die außer den festen Löhnen gewährten Kriegs- und Teuerungszulagen sind bei Berechnung der wöchentlichen Teuerungszulagen mit eingerechnet und ist das Ergebnis folgendes:

Der Durchschnittsverdienst der Steindruck- und Lithographen betrug wöchentlich: am 1. August 1914 31,36 Mk., am 31.

Dezember 1917 47,50 Mk., während er heute 56,75 Mk. beträgt. Bei den Lithographen stiegen diese Zahlen in denselben Terminen von 34,20 Mk. auf 42,30 Mk. und 55,80 Mk.; bei den Chemigraphen stiegen die Zahlen von 39,70 Mk. auf 49 Mk. und 68,50 Mk.

In den einzelnen Mitgliedschaften ergaben sich nachfolgende Verhältnisse:

Aschaffenburg: Löhne im Durchschnitt vor dem Kriege 30,— Mk. pro Woche, am 31. Dezember 1917 41,60 Mk., am 11. Oktober 1918 45,50 Mk. Lohnsteigerung 15,50 Mk. Beschäftigt sind am Tage der statistischen Aufnahme 13 Kollegen. Von einigen werden mehrere Maschinen bedient. Nach 15-jähriger Tätigkeit werden 3 Tage Urlaub, bei 4,— Mk. Vergütung pro Tag, bewilligt. Lehrlinge sind 4 vorhanden, die eine Bezahlung von je 2,— Mk., 14,40 Mk. und 21,20 Mk. erhalten.

Darmstadt: Fromm & Morian, 1914 34,— Mk., 1917 38,— Mk. und jetzt 45,— Mk. im Durchschnitt Lohn mehr 11,— Mk. Hedi & Gans, 1914 52,50 Mk., 1917 61,— Mk., jetzt 56,— Mk., weniger 5,— Mk. Wirts, 1914 30,— Mk., 1917 41,— Mk., jetzt 45,— Mk., mehr 15,— Mk. Für Überstunden werden 25 Proz. Zuschlag bezahlt. Ferien gewährt die Firma Fromm & Morian 8 Tage.

Frankfurt a. M.: Adelmann, 1914 33,— Mk., 1917 55,— Mk., jetzt 65,— Mk., mehr 32,— Mk.; außerdem werden 8 Tage Ferien bewilligt — Arndt & Trost früher 35,— Mk., jetzt 54,— Mk., mehr 19,— Mk. Bloß & Schmidt, 1914 42,— Mk., 1917 58,50 Mk., jetzt 78,— Mk., mehr 36,— Mk. Guhl & Co., bei 15 Kollegen, 1914 39,30 Mk., 1917 52,90 Mk., jetzt 62,35 Mk., mehr 23,05 Mk. Die bis zu Kriegsbeginn gewährten Ferien sind immer noch annulliert. Die von uns gewünschte Wiedereinführung wurde nicht akzeptiert. An Bevorzugte sind Ferien gewährt worden. Die Firma beschäftigt eine Aterin mit wöchentlichem Lohn von 28,50 Mk. Dondorf, 1914 32,75 Mk., 1917 46,20 Mk., jetzt 60,20 Mk.; mithin ein Mehr von 27,45 Mk. bei 11 Kollegen. Die Firma hat überdies 6 Tage Ferien gewährt. Außerdem werden noch Prozente bezahlt, die wöchentlich 4,— Mk. betragen. — Heß, bei 10 Kollegen, vor dem Kriege 39,50 Mk., jetzt 60,20 Mk., mehr 20,70 Mk. Gebr. Klingspohr, 1914 38,70 Mk., 1917 52,60 Mk., jetzt 63,25 Mk. bei 13 Kollegen, mehr 24,55 Mk. Die Firma bewilligte eine Woche Ferien bei 50,— Mk. Extrabeschädigung. Korsard & Co., früher 43,— Mk., 1917 58,50 Mk. 1918 65,25 Mk., ein Mehr von 22,25 Mk. Maubach, 1914 29,70 Mk., 1917 41,70 Mk., jetzt 58,35 Mk., mehr 28,65 Mk. bei 13 Kollegen. Außerdem wird eine Extrabeschädigung von vierteljährlich 50 Mk. bezahlt. Magistral, früher 40,— Mk., jetzt 52,— Mk., ein Mehr von 12,— Mk. Osterrieth, 1914 34,20 Mk., 1917 53,50 Mk., jetzt 80,— Mk., mehr 29,60 Mk. bei 10 Kollegen. Von mehreren Kollegen werden 2 Maschinen bedient. Ruppert, jetzt Mk. 52,50 Mk., Voigt & Häfner, früher 29,— Mk., jetzt 60,— Mk.

Hanau: Firma Brüning, 1914 33,— Mk., 1917 46,— Mk., jetzt 55,50 Mk., ein Mehr von 22,50 Mk. Firma Herzog, jetzt 53,55 Mk. Für 1000 Bogen wird 1,— Mk. extra bezahlt, ebenso wurden 3 Tage Ferien gewährt. Illert & Ewald, 1914 36,20 Mk., 1917 48,70 Mk., jetzt 52,40 Mk., mehr 16,20 Mk. bei 8 Kollegen. Für das Bedienen einer zweiter Maschine werden 20,— Mk. extra gewährt. Spielmann, früher 26,— Mk., jetzt 45,— Mk., ein Mehr von 19,— Mk.

Höchst: Remy, vor dem Kriege 36,— Mk., jetzt 59,— Mk., mehr 23,— Mk.

Offenbach a. M. Kramp & Co., bei 11 Kollegen jetzt ein Durchschnitt von 58,40 Mk., ein Mehr von 23,— Mk. Außerdem wurden 8 Tage Ferien gewährt. 1914 wurde in der Firma Kramp & Co. ein Durchschnittslohn von 35,80 Mk. und 1917 ein solcher vor 45,95 Mk. bezahlt. Rotschild, 1914 35,85 Mk., 1917 47,50 Mk., jetzt 60,40 Mk., mehr 20,50 Mk. Schömb, 1914 28,— Mk., 1917 42,— Mk., jetzt 51,— Mk., ein Mehr von 23,— Mk. Andree, vor dem Kriege 33,— Mk., jetzt 55,— Mk., ein Mehr von 22,— Mk. außerdem gewährte die Firma 8 Tage Ferien.

Mainz: Meyer, 1914 42,— Mk., 1917 56,— Mk., jetzt 71,— Mk. Scholz, bei 8 Kollegen 1914 29,80 Mk., 1917 40,10 Mk., jetzt 49,15 Mk., mehr 19,35 Mk. Thayer, bei 7 Kollegen, 1914 34,85 Mk., 1917 55,— Mk., jetzt 63,— Mk., ein Mehr von 28,15 Mk. Ebenso wurden 6 Tage Ferien gewährt. Zabern: 1914 29,80 Mk., 1917 40,10 Mk., jetzt 58,35 Mk., mehr 27,— Mk.

Die Durchschnittsziffer für den Nahrungsmittelverbrauch einer vierköpfigen Familie beträgt in Gau rund Mk. 37,—. Die Lohnsteigerung im Verhältnis nur Mk. 23,40, so daß also für jeden Kollegen eine ungedeckte Differenz von Mk. 13,60 besteht. In manchen Firmen ist diese Differenz bedeutend größer, wie z. B. in Aschaffenburg, wo diese Mk. 22,— beträgt. Aber auch eine Steigerung der Gehaltsverhältnisse bis auf Mk. 37,— pro Woche müßte ergeben, daß für unsere Kollegen zu wenig getan wurde und daß der Krieg für alle unsere Kollegen eine entsetzliche Zeit ist. Durch die Entwertung des Geldes und durch eine ungeheure Steigerung aller Bedarfs- und Lebensmittel, durch die Erhöhung der Mieten und der Steuern ist unsere Kollegen längst das Leben zur Qual geworden. Von der Organisation und ihren Funktionen ist unablässig im Interesse der Kollegen gearbeitet worden. Jede Lohnverbesserung ist

aber sofort wieder durch weiteres Anziehen der Preise für alle Bedarfs- und Lebensmittel illusorisch gemacht worden. Wie die Preise gestiegen sind, das weiß ein jeder, ist also unnötig, hier anzuführen. Der Erfolg unserer Bewegungen wäre zweifellos bedeutend besser, wenn dem Unternehmer eine geschlossene Masse gegenüber gestanden hätte. Schon jetzt sind Stimmen laut, die sich nicht nur jeder weiteren Erhöhung der Löhne widersetzen wollen, sondern der Ansicht sind, daß der Abbau der Löhne bald stattzufinden habe. Aber die Herren machen das Exempel ohne unsere Kollegen. Deswegen gilt es, besonders für unseren Gau, zusammen zu halten; ganz besondere Aufgaben stehen uns bevor. Jeder Kollege hat die Pflicht, jetzt zu organisieren und zu agitieren, damit wir bei Friedensschluß unsere alte Gewerkschaftsarbeit zum Segen für alle Berufsangehörige mit allen Mitteln betreiben können.

Zu bemerken wäre noch, daß sich das Durchschnittsalter der Steindruckler auf 44, bei den Lithographen auf 50 und bei den Chemigraphen auf 39 Jahre festsetzt. Von den Steindruckern und Lithographen sind 16, von den Chemigraphen 17 Kollegen kriegsbeschädigt. Hierbei fällt die hohe Anzahl der kriegsbeschädigten Chemigraphen auf.

C. H.

Die phetomech. Fächer.

Was die Zeit verlangt!

Zur Berliner Chemigraphenversammlung.

Es ist unsere Pflicht, zu allen ernststen Fragen, die in unserem Berufs- und Verbandsleben eine Rolle spielen, Stellung zu nehmen. Wir möchten daher auch in diesem Falle, zudem was jetzt wieder in Berlin vorsich gegangen ist, unsere Meinung sagen, in der Hoffnung, daß es uns gelingen möge, damit zur Klärung und vielleicht auch ein wenig zur Beruhigung der zur Zeit durchaus verständlichen Aufregung etwas beizutragen. In kurzen Worten haben wir das bereits schon in voriger Nummer in dem Artikel »Kündigungensversuch«.

Heute zunächst die Feststellung, was wir in dem Vorgehen der Berliner Chemigraphen für richtig halten. Wir haben uns stets darüber gefreut, wie man in Berlin die Aufgabe, die Lohnverhältnisse der Kollegen zu verbessern, energisch angefaßt hat. Es ist nicht zu bestreiten, daß dieses zum Teil für die Vorgehen eines großen Teils der Berliner Kollegen anspornend auch auf die Kollegen in anderen Mitgliedschaften gewirkt hat. Um aber auch anderen Mitgliedschaften gegenüber gerecht zu werden, dürfen wir nicht vergessen, daß gerade in Berlin mit seiner riesigen Kriegsindustrie, diese Lohnverbesserungsarbeit viel weniger Schwierigkeiten verursacht, als anderswo. Denn je größer die Stadt, umso weniger brauchen sich die reklamierten Kollegen dem Unternehmer gegenüber abhängig zu fühlen. Und doch, um es gleich hervorzuheben, im Verhältnis zu der Steigerung der Preise der Lebensmittel und Bedarfsartikel, war auch alles in Berlin errungene nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Mehr als einmal haben wir es gesagt, unsere Kollegen konnten mit dem Wenigen nur deshalb begnügen, weil es mindestens zwei Drittel der früher von uns als notwendig erkannten Lebensmittel überhaupt nicht zu kaufen oder zu ergänzen gab; weil wir uns allmählich daran gewöhnt hatten im Hause und außer dem Hause abgerissen wie ein Bettler zu gehen. Wir sind in der Tat trotz der viel verschrienen hohen Löhne verblüfft und verelendet. Das Papiergeld, das wir in allen möglichen Variationen erhalten, ist heute fast ohne Wert. Keine Forderung, auch die von hundert und mehr Mark, erscheint uns heute ausreichend, die einstige Lebenshaltung der Chemigraphen, wie sie vor dem Kriege war, wiederherzustellen. Der Scheidhandel bestimmt die Warenpreise und was noch schlimmer ist, er gibt sie vielfach nur noch gegen andere wertvolle Waren ab, so daß das Geld als wertlos fast ganz beiseite geschoben wird.

Moralisch rechtfertigt sich heute beinahe jede Lohnforderung; nur haben wir uns im graphischen Gewerbe die Frage vorzulegen: wie weit geht die Leistungsfähigkeit des Gewerbes?

Wohl hatten wir einige Betriebe, die in der Kriegszeit durch Kriegsarbeit reichlich verdient hatten, vielleicht auch hier wieder besonders in Berlin. Sicher aber haben wir daneben noch mehr mittlere und kleinere Betriebe, die sich durch diese vier Kriegsjahre mit Ad und Krach vor dem Bankrott gerettet haben. Das wurde zum Teil auch in der Berliner Versammlung, wie aus dem beifolgenden Bericht hervorgeht, anerkannt, denn es heißt da: »daß die Prinzipale diese Mehrausgabe durch Erhöhung der Kilscheepreise wieder ausgleichen können.«

Dazu gehörte doch aber wohl, daß diese Lohnforderung überall durchgeführt werden müßte. Ist sie aber auch nur in Berlin einstimmig aufgestellt? In der Versammlung sicher von der überwiegenden Mehrheit; aber auch in den Firmen? Ist sie dort gleichmäßig versucht worden durchzuführen? Wer wollte das behaupten? Und wenn sie in Berlin nun auch ganz durchgeführt werden würden und im Reiche nicht, können dann die

Berliner Firmen ernstlich an eine Erhöhung der Kilscheepreise denken? Haben unsere Kollegen auch daran gedacht, daß dann die Gefahr besteht, daß die Löhne zwar in Berlin gezahlt, die Arbeiten aber in der mit billigeren Löhnen arbeitenden Provinz hergestellt werden? Und daß die Berliner Kollegen selbst hier arbeitslos werden und schließlich in der Provinz Arbeit nehmen müssen zu billigeren Löhnen? Und wenn die Arbeiten, wie wir schon das letzte Mal andeutete, ins Ausland abwandern, das natürlich noch lange nicht unsere Arbeitsverhältnisse hat? Wir leben nicht auf einer Insel, sondern inmitten kapitalistischer Staaten, in denen man freudig bereit ist, die Arbeit zu übernehmen, die früher in Deutschland hergestellt wurde.

Solange diese Gefahren bestehen, bedeuten Lohnforderungen, die moralisch berechtigt, aber ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Industrie gestellt werden, Abwanderung der Arbeit und zuletzt Abwanderung der Gehilfen.

Bedenklider erscheinen uns die in dem Bericht wiedergegebenen Richtlinien für die Betriebsräte und die Erklärung zu dem Tarifvertrag. Nach den Verfügungen der heutigen Reichsregierung haben die in den Firmen gewählten Betriebsräte lediglich politische Aufgaben zu erfüllen, alle wirtschaftlichen und beruflichen Angelegenheiten bleiben nach wie vor der Fürsorge der Vertrauensleute und Betriebsausschüsse überlassen.

Daß dann weiter in der Erklärung gesagt wird, der bestehende Tarifvertrag ist durch die politische Umwälzung überholt, trifft in vieler Beziehung zu. So auf die Lohnhöhe, auf die Spartenlöhne, auf die Festsetzung der Lehrlingszahl und vieles andere mehr. Wir unterstützen daher auch die Forderung, den Tarifausschuß so bald als möglich einzuberufen. Die Revolution hat die politischen und rechtlichen Grundlagen unseres Wirtschaftslebens geändert, dem muß der Tarifvertrag in der Chemigraphie angepaßt werden.

In der Tarifausschussitzung wird über die aufgestellten Forderungen verhandelt und den meisten von diesen Forderungen wird in entgegenkommendem Sinne Rechnung getragen werden müssen. Ob wir aber noch auf den Tarifvertrag verzichten können, erscheint uns fraglich; denn so weit uns bekannt ist, besteht die Absicht in der Regierung, das Tarifvertragswesen auf gesetzlicher Grundlage zu regeln. Damit dürfte fortan ein tarifloser Zustand in einem Gewerbe nur noch der Vergangenheit angehören. Wir meinen aber, nach wie vor scheint uns im chemigraphischen Gewerbe solange für eine Ablehnung der tariflosen Gemeinschaftsarbeit kein Anlaß vorzuliegen, als nicht durch eingeleitete Verhandlungen der Nachweis erbracht ist, daß unsere Unternehmer in keiner Weise den Wünschen der Gehilfen Rechnung zu tragen gewillt sind. Wir hoffen, daß die Form der Gemeinschaftsarbeit, die sich nun schon fünfzehn Jahre in unserem Berufe bewährt hat, auch fernerhin bewähren wird. Wenn Könige und Fürsten und gesetzgebende Versammlungen wie überflüssiger Plunder fortgejagt wurden, dann deshalb, weil sie mit dem fortgeschrittenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben nicht mehr harmonierten. Uns scheint aber das mit dem Tarifvertrag nicht der Fall zu sein. Es wäre auch eine eigenartige Schicksalsstunde, daß just in dem Moment, wo es endlich nach jahrzehntelangen Kämpfen gelungen ist, dem Steindruckgewerbe den Tarifvertrag zu geben, er in dem chemigraphischen Gewerbe erliegt sein sollte.

Ortsberichte.

Berlin, Chemigraphen. Die Mitgliederversammlung vom 5. Dezember 1918 beschäftigte sich mit nachfolgender Tagesordnung: 1. Geschäftliches, 2. Tarif- und Verbandsfragen, 3. Verschiedenes. Aus dem Bericht des Kollegen Hebr über die am 3. November 1918 stattgefundene Tarifamtsitzung erfahren wir, daß daselbst ein Beschluß gefaßt worden ist, wonach alle Kollegen, die bis zu ihrer Einziehung in einer Firma beschäftigt waren, nach ihrer Entlassung wieder ihren alten Arbeitsplatz einnehmen sollen. Solange arbeitslose Kollegen vorhanden sind, ist jede Überzeitarbeit verboten. Sind Überstunden jedoch im öffentlichen Interesse erforderlich, so ist vorher die Genehmigung der Kreisarbiträrvertreter einzuholen. Um für die Zeit der Demobilisation die Arbeitslosigkeit im Gewerbe zu mildern, tritt für alle Gehilfen, die bei einer Firma nicht voll beschäftigt werden können, eine gleichmäßige Verkürzung der Arbeitszeit ein. Als Entschädigung für den erlittenen Lohnausfall, wird auf die Erwerbslosen-Fürsorge hingewiesen. Die vor Beendigung ihrer Lehrzeit zum Heeresdienst einberufenen Lehrlinge gehen als Gehilfen; ebenso wird die Einstellung der kriegsbeschädigten gewährleistet. In allen strittigen Fällen sind die Kreisvertreter zuständig. Nun wird vom Kollegen Bloßschmidt eine in der Sitzung der Vertrauensleute und Betriebsräte gefaßte Resolution, welche unter anderem einen Grundlohn von 100 Mk. pro Woche exklusive Feuerungszulagen vorseht, zum Verlesen gebracht und vom Vorsitzenden zur Diskussion gestellt.

In der Debatte wird zunächst die Veröffentlichung der Resolution in der »Graphischen Presse« verlangt. Auch sind die meisten Kollegen der Meinung, daß

ein Grundlohn von 100 Mk. pro Woche bei der jetzigen Zeit nicht zu hoch bemessen sei, da die Prinzipale diese Mehrausgabe durch Erhöhung der Klischeepreise wieder ausgleichen können. Ferner wurde die Kostgeldentschädigung der Lehrlinge um das Dreifache vorgeschlagen. Sollten die Verhandlungen unserer Vertreter vor dem Tarifamt wegen der Lohnforderungen zu keinem annehmbaren Ergebnis führen, so soll nach Übereinstimmung aller Kollegen eine Entscheidung durch den Vollzugsrat herbeigeführt werden. Die Kollegen Rambow und Pietsch führen die schlechten Lohnverhältnissen darauf zurück, daß die Kollegen während des Krieges die Gelegenheit versäumt haben, ihre Löhne aufzubessern. Aus diesem Grunde könne man nicht der Verwaltung die Schuld geben. Kollege Kirchoff sagt, daß die Revolution meistens als eine Lohnbewegung aufgefaßt wird. Er bittet zu bedenken, daß die Zahl der Arbeitslosen immer größer werde und die Konjunktur in unserem Gewerbe eine sehr ungünstige sei, deshalb halte er die Lohnforderungen für zu weitgehend. Kollege Förster weist den Vorwurf, die Interessen der Kollegen in den Tarifamtssitzungen nicht immer genügend vertreten zu haben, zurück und sagt, daß er die Verhältnisse in unserem Berufe stets so geschildert habe, wie sie in Wirklichkeit liegen. Den Vorschlägen einiger Kollegen, den Tarif fallen zu lassen, wenn er ihnen eine Existenzmöglichkeit nicht mehr bietet, entgegnet er, daß die Berliner Chemigraphen, wenn sie den Mut haben, eine

tariflose Zeit der jetzigen vorzuziehen, ihren Vertretern den Auftrag dazu geben sollen. Er hält es aber für seine Pflicht, die Kollegen auf die etwaigen Folgen eines solchen Schrittes aufmerksam zu machen.

Nach Schluß der Debatte wird die Resolution in folgendem Wortlaut einstimmig angenommen und der Wunsch ausgesprochen, die Resolution umgehend dem Tarifamt einzureichen:

Richtlinien für die Betriebsräte.

1. In allen Anstalten, wo Betriebsräte bestehen, sind alle Differenzen durch die Betriebsräte mit der Geschäftsleitung zu regeln. 2. Sofern eine Regelung durch diese Verhandlungen nicht zu erzielen ist, ist eine Einigung durch die Organisation und das Tarifamt gemeinsam in die Wege zu leiten. 3. Kommt auch durch diese Verhandlungen keine Verständigung zustande, so ist in letzter Linie der Vollzugsrat anzurufen, dessen Entscheidung sich beide Parteien zu fügen haben.

Erklärung zu dem Tarif-Vertrag.

Der bestehende Tarifvertrag ist durch die Umwälzung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet als überholt zu betrachten, da er den Anforderungen an die Lebenshaltung und an das Gewerbe nicht mehr entspricht. Der Tarifausschuß ist deshalb sobald als möglich einzuberufen. Für die Verhandlungen dienen folgende Richtlinien: 1. Die Entlohnung im chemigraphischen Berufe hat nicht Schritt gehalten mit den allgemeinen Teuerungsverhältnissen und mit der Lohnsteigerung

anderer Berufe. Es wird deshalb ein Minimallohn von 100 Mk. gefordert. 2. Am Sonnabend beträgt die Arbeitszeit nur 4 Stunden. 3. Lehrlinge dürfen bis auf weiteres nicht eingestellt werden. 4. Die Entlohnung der Lehrlinge ist um 200 Proz. zu erhöhen. 5. Sofern ein Mangel an Arbeitskräften eintreten sollte, so ist in erster Linie auf arbeitslose Xylographen und Lithographen zurück zu greifen, die infolge der Entwicklung im graphischen Gewerbe ihr Arbeitsfeld verloren und zum großen Teil an die Chemigraphie abgetreten haben. 6. Zur Regelung der Ferienfrage werden nachstehende Vorschläge unterbreitet: unter einem Jahre ununterbrochener Beschäftigung 4 Tage; über einem Jahre ununterbrochener Beschäftigung 8 Tage; über zwei Jahre ununterbrochener Beschäftigung 14 Tage. 7. Bei Kündigung und Einstellung von Betriebsleitern und Gehilfen ist der Betriebsrat zu hören. 8. Die Gehilfen haben das Recht, die Entlassung eines Betriebsleiters zu fordern, sofern derselbe wiederholt durch sein Verhalten Veranlassung zu Differenzen mit den Gehilfen gegeben hat. 9. Das Abhalten von Betriebsversammlungen kann während der Arbeitszeit stattfinden. Sollte diesen Wünschen bei den Verhandlungen nicht in entsprechender Weise entgegengekommen werden, so erklären die Chemigraphen Berlins, kein Interesse an einer Erneuerung des Tarifes zu haben. Die Kollegen im Reiche werden ersucht, sich dieser Erklärung und den aufgestellten Richtlinien anzuschließen.

Opfer des Krieges.

Tote:

1918.
Kollege **Otto Jäkel**, Formstecher, zuletzt in Berlin, geb. am 1. Juni 1889 in Grünberg i. Schl., Mitglied seit Januar 1909 (vorher im Zentralverband der Formstecher seit April 1907), ist am 1. Mai im Feldlazarett Steny in Frankreich an Herz- und Nierenleiden und Rheumatismus gestorben.

Kollege **Karl Wagenseil**, Steindruckler aus Kaufbeuren, geb. am 6. April 1897, Mitglied seit Oktober 1914, fiel am 27. Juni im Westen.

Kollege **Alfred Haschke**, Steindruckler, zuletzt in Berlin, geb. am 1. Juli 1883 in Leipzig-Volkmarisdorf, Mitglied seit Oktober 1903, starb am 7. September in Aleppo an Malaria und Lungenentzündung.

Kollege **Otto Fränzl**, Steindruckler aus München, geb. am 16. November 1882 in Nandlstadt, Mitglied seit Februar 1904, setzte im Felde infolge Gemütskrankheit seinem Leben durch Erschießen am 9. September selbst ein Ziel.

Kollege **Jakob Werkmeister**, Steindruckler, zuletzt in München, geb. am 3. März 1891 in Wanfried, Mitglied seit Januar 1909, ist am 30. September in Frankreich an der Grippe gestorben.

Kollege **Willy Garms**, Chemigraph, zuletzt in Braunschweig, geb. am 1. April 1899 in Kiel, Mitglied seit März 1918 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit Oktober 1914), ist am 4. Oktober im Westen durch Granat-Volltreffer gefallen.

Kollege **William Walter**, Chemigraph aus Leipzig, geb. am 29. Juni 1877, Mitglied seit März 1902, fiel am 7. Oktober in Frankreich.

Kollege **Max Krietsch**, Lithograph aus Bunzlau, geb. am 16. November 1899, Mitglied seit März 1918 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit April 1916), fand seinen Tod am 8. Oktober bei den Kämpfen im Westen.

Tote:

Kollege **Albert Rätke**, Steindruckler aus Saalfeld a. S., geb. am 13. Juni 1896 in Kleingeschwende, Mitglied seit Januar 1915 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit März 1911), fiel im Oktober nach oftmaliger Verwundung bei den Kämpfen in Frankreich.

Kollege **Johannes Priegnitz**, Lithograph aus Brandenburg a. H., geb. am 25. März 1900, (vorher in der Lehrlingsabteilung seit April 1916), ist am 9. Oktober im Lazarett zu Landsberg an der Grippe gestorben.

Kollege **Paul Dittrich**, Steindruckler aus Dresden, geb. am 27. Februar 1889, Mitglied seit März 1907, ist am 11. Oktober im Felde tödlich verunglückt.

Kollege **Ernst Göblig**, Steindruckler, zuletzt in Neurode, geb. am 15. März 1899 in Leitelsahn b. Cimmitschau, Mitglied seit April 1917 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit Oktober 1913), ist am 11. Oktober in einem Feldlazarett am westlichen Kriegsschauplatz an der Grippe gestorben.

Kollege **Richard Pestner**, Steindruckler aus Berlin, am 14. August 1886, Mitglied seit Oktober 1905, ist am 13. Oktober im Westen durch Kopfschuß gefallen.

Kollege **Johannes Römer**, Chemigraph aus Leipzig, geb. am 22. August 1886, Mitglied seit März 1905, verstarb am 13. Oktober in einem Kriegslazarett im Westen.

Kollege **Max Schultze**, Steindruckler aus Brandenburg a. H., geb. am 1. Oktober 1887, Mitglied seit April 1906, fiel am 17. Oktober in Frankreich.

Kollege **Ludwig Peters**, Chemigraph, zuletzt in Cöln a. Rh., geb. am 17. Juli 1895 in Kirchstetten in Österreich, Mitglied seit September 1903, starb am 20. Oktober auf der Fahrt als Soldat von Ungarn zurück am Herzschlag.

Kollege **Kurt Grützmacher**, Chemigraph aus Leipzig, geb. am 23. Oktober 1892, Mitglied seit April 1911 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit April 1908), ist am 21. Oktober im Lazarett gestorben.

Tote:

Kollege **Oswald Krätzer**, Steindruckler, früher Vorsitzender in Kirchhain N.-L., geb. am 29. Oktober 1885 in Neunitz, Mitglied seit Januar 1904, ist am 21. Oktober während seines Urlaubes in Kirchhain an Lungenentzündung und Grippe gestorben.

Kollege **Kurt Schüssler**, Lithograph aus Zwickau i. S., geb. am 20. Januar 1899 in Glauhau i. S., Mitglied seit April 1917, (vorher in der Lehrlingsabteilung seit Juli 1916), ist am 21. Oktober in Frankreich an der Maaß durch Artilleriegeschöß gefallen.

Kollege **Rudolf Unger**, Steindruckler aus Dresden, geb. am 13. April 1900, Mitglied seit März 1918 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit September 1915), starb am 23. Oktober beim Heere an Lungenentzündung.

Kollege **Alfred Matthäus**, Lithograph, zuletzt in Saalfeld a. S., geb. am 27. Juli 1876 in Gera (Reuß), Mitglied seit Juli 1900, verschied am 24. Oktober in einem Kriegslazarett im Westen an seiner schweren Verwundung.

Kollege **Paul Romstedt**, Lithograph aus Leipzig, geb. am 3. November 1897, Mitglied seit April 1917, fand seinen Tod am 24. Oktober bei den Kämpfen im Westen.

Kollege **Edgar Hupp**, Steindruckler aus Würzburg, geb. am 20. Juli 1898 in Höhnberg, Mitglied seit Mai 1916 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit Juli 1912), ist am 28. Oktober im Lazarett an der Grippe gestorben.

Kollege **Willi Kell**, Photograph, zuletzt in Chemnitz, geb. am 31. August 1886 in Leipzig-Plagwitz, Mitglied seit März 1904, starb am 1. November in einem Lazarett in Rasenburg an Lungenentzündung.

Kollege **Franz Großmann**, Retuscheur, zuletzt in Stuttgart, geb. am 21. Juni 1880 in Hausen bei Frankfurt a. M., Mitglied seit August 1904, ist am 15. November in Stuttgart als Soldat an der Grippe gestorben.

Ehre ihrem Andenken!

Kupferdruckerei

Vollständig eingerichtet, mit allem Zubehör und Verstellungs-Anlage zu verkaufen. Große Aufträge, die sofort in Angriff genommen werden können. Vorhanden: Sichere Existenz für tücht. Fachmann. Off. u. M. S. 3036 an **Rudolf Mosse, München.**

Schnell-Trockenmittel „Extrakt“

patentamtlich geschützt. „Betromit“ patentamtlich geschützt.
ein kleiner Zusatz von 4 Prozent genügt, um Druckfarben in etwa 2 Stunden zum Trocknen zu bringen. „Betromit“ bildet selbst bei langsamem Verbrauch keine Haut, trocknet nicht ein, daher kein Verlust, ist sehr sparsam im Gebrauch. Von ersten Firmen glänzend beurteilt und regelmäßig nachbestellt. Großer Versand nach In- und Ausland. Viele Anerkennungs-schreiben liegen vor. Per Kilo Mark 12,50.

H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstr. 49, Fabrik chem.-techn. Druckpräparate.

Schnuhr's

flüssiges Steingummi

bietet vollen Ersatz für echtes Gummi arabicum, zum Präparieren von Lithographie-Steinen, Zink- und Aluminium-Platen Anwendung und Wirkung ohne Unterschied gegenüber Naturgummi. Die Ware ist ausprobiert gut, wofür Zeugnisse zu Diensten stehen. Per Kilo Mark 7,50.

H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.
Fabrik chemisch-technischer Druckpräparate.

Roulett, Fadenstichel
Fräser u. s. w. in bester Ausführung fert. an
Carl Neumann, vormals G. König
Berlin SO, Naunynstraße 69.

Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung
Auskünfte durch die **Barmen**
Kunstgewerbeschule

Chiffre-Inserate
finden keine Aufnahme.